

Rumänien und Bulgarien noch nicht beitragsfähig

Am 13. April 2005 hat das Europäische Parlament für den EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens gestimmt.



Ingo Schmitt
MdB

Diese Zustimmung war aus Sicht der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion verfrüht. Die Abgeordneten von CDU/CSU hatten sich daher mit großer Mehrheit und gemeinsam mit Abgeordneten anderer Fraktionen für eine Verschiebung der Entscheidung über eine Aufnahme beider Länder ausgesprochen.

„Mittel- bzw. langfristig befürworten auch die Europaabgeordneten der CDU/CSU einen Beitritt beider Länder“, erläuterte der Berliner Abgeordnete Ingo Schmitt. Allerdings bestanden derzeit sowohl in

Rumänien als auch in Bulgarien nach wie vor erhebliche Defizite u.a. auf den Gebieten der Korruptionsbekämpfung, des Justizwesens und der Strafverfolgung, moniert Schmitt. Auch der Schutz von Minderheiten, insbesondere der Sinti und Roma, sei noch weit von europäischen Standards entfernt. Dies sind jedoch zentrale Fragen zur Erfüllung der Aufnahmekriterien. Der Europaabgeordnete Schmitt betont, dass die CDU/CSU-Gruppe eine Aufweichung der Kopenhagener Beitrittskriterien immer strikt abgelehnt habe. „Dies muss auch im Falle Bulgariens und Rumäniens gelten“, so Schmitt.

Allerdings sei es auf nachhaltiges Betreiben der CDU/CSU-Gruppe gelungen, einen wichtigen



tigen Erfolg hinsichtlich des weiteren Verfahrens zu erzielen. Erstmals, so Ingo Schmitt, wurde im Rahmen eines Erweiterungsprozesses eine

sogenannte Schutzklausel eingeführt. Diese sieht vor, dass der Beitritt um ein Jahr verschoben wird, wenn die weitere Entwicklung in dem betreffenden Land nicht zufriedenstellend verläuft.

Darüber hinaus hat der Rat im Vorfeld der Abstimmung auf Druck der EVP-Fraktion ebenso in einer anderen zentralen Frage eingelenkt.

So ist dem Parlament zugesagt worden, in die Beratungen über die Finanzierung dieser EU-Erweiterungsrunde einbezogen zu werden. Ingo Schmitt: „Damit bleiben die Haushaltsrechte des Parlaments auch an dieser Stelle gewahrt.“ (eig)

IN KÜRZE

Zuverdienst

Die Union bewertet die Einigung mit der Regierung bei höheren Zuverdienstsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose als Verbesserung des Anreizes zu Zuverdiensten - und hofft auf verbesserte Schwarzarbeitsbekämpfung.

Lafontaine vor Austritt

Der ehemalige SPD-Vorsitzende Lafontaine will offenbar den Sozialdemokraten den Rücken kehren. Gemeinsam mit ihm unterstützen der Chef des SPD-Arbeitnehmerflügels, Ottmar Schreiner, sowie der Verdi-Landesleiter Rolf Linsler (SPD) als Erstunterzeichner eine vom Mitbegründer der neuen Linkspartei Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG), Markus Lein, initiierte „Saarbrücker Erklärung“ gegen die Arbeitsmarktreform „Hartz IV“.

Graffiti = Jugendkunst?

Stephan Schilling (21), Bundessprecher der Jugendorganisation der Grünen fordert, dass Hausbesitzer und Steuerzahler weiter die Kosten für die Beseitigung von Graffiti-Schmierereien selbst tragen müssen. Begründung des grünen Nachwuchspolitikers (studiert an der FU Berlin Volkswirtschaft): „Ich finde, dass Graffiti ein Ausdruck von Jugendkunst ist und nicht als Straftat geahndet werden sollte!“ (Bild-Zeitung 08.04.2005)

Bundesverdienstkreuz

Ingeborg Schäuble erhielt das Bundesverdienstkreuz verliehen. In der Begründung heisst es, Frau Schäuble habe sich als Vorsitzende der Deutschen Welthungerhilfe für die Einhaltung der Menschenrechte und eine gesicherte Ernährung in den Entwicklungsländern eingesetzt. (dpa, epd 30.03.2005)

Rot-rot öffnet Drogenmissbrauch Tür und Tor

In Zigaretten gemessen wären es mehr als zwei Schachteln. Eine Vollrausch-Haschisch-Garantie. In Berlin soll die Menge dafür jetzt straflos sein. Frank HENKEL, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, bezieht Stellung dazu:



Frank Henkel
MdA

Die Drogenpolitik des Senats ist gegenüber unseren Jugendlichen

nicht zu verantworten und ein gefährliches Spiel. Der Beschluss des Senats, den Besitz von bis zu 10 Gramm leichter Drogen nicht mehr zu verfolgen, ist inakzeptabel. Durch die faktische Drogenfreigabe bei kleinen Mengen wird die Sucht verharmlost und die Eingangsschwelle zu harten Drogen herabgesetzt. Damit setzen SPD und PDS das um, was sie seit Jahren schon forderten: Einen legalisierten Drogenmissbrauch, der viele Jugendliche in die

Abhängigkeit von harten Drogen und anschließend direkt in die Fixerstuben von Moabit und Kreuzberg führt. Cannabis ist eine typische Einstiegsdroge, die von immer mehr und immer jüngeren Jugendlichen genommen wird und nach Expertenaussagen schwere psychische Gesundheitsschäden verursacht. Anstatt die Drogenmisere weiter zu fördern und die Gesundheit unserer Kinder aufs Spiel zu setzen, sollte der Senat neue Perspekti-

ven für den Drogenentzug anbieten. Drogenabhängige brauchen unsere Hilfe und keine Legalisierung von Drogen. Selbst der Regierende Bürgermeister Wowereit meinte noch vor eineinhalb Jahren, dass wir aufpassen müssten, dass junge Menschen nicht in die harte Drogenszene abrutschen. Offensichtlich interessiert ihn sein Geschwätz von gestern nicht mehr. Das Leid ertragen andere.

Von Frank Henkel

Visa-Vergabe - Grüne förderten Menschenhandel

Die Vorsitzende der Frauen-Union Berlin, Edeltraut Töpfer, MdB, weist darauf hin, dass Deutschland sowohl Zielland als auch Transitland für den Schmuggel mit Menschen, vor allem mit Frauen, sei.

Nach Aussage der UN sei Menschenhandel das am schnellsten wachsende kriminelle Geschäft der Welt. Allein für Deutschland bezifferte das Bundeskriminalamt den Jahresumsatz von Menschenhändlern

auf 60 Millionen Euro. Die Frauen-Union, so Töpfer, mache sich stark für eine intensivere Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution. Sie fordert, Menschenhandel zum Zwecke der Ausbeutung der Arbeitskraft mit einem eigenen Straftatbestand zu ahnden. Ebenso Freier, die den Menschenhandel ausnutzen. Den Grünen wirft Töpfer vor, dem Menschenhandel durch fragwürdige Visa-Vergaben veranlasst durch Au-

ßenminister Joschka Fischer Vorschub geleistet zu haben. Manche grüne Politikerinnen, wie die nordrhein-westfälische Umweltministerin Bärbel Höhn, rechtfertigten sogar das politische Versagen damit, dass sich Prostituierte sich illegal häufig in einer viel schlimmeren Situation als mit gültigem Visum befänden. Töpfer: „Ein Skandal! Hier verschleiert sich Ignoranz als vermeintlich vorbildliche grüne Weltoffenheit.“

